



## Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung

Sitzungsort: Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG		Sitzung-Nr.: KBA/01/2022
Sitzungsdatum: Dienstag, 22.03.2022	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 18:31 Uhr

### Teilnehmerverzeichnis

<b>Vorsitz</b>	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	
<b>Ausschussmitglieder</b>	
Herr Stadtrat Dr. Matthias Schickel	
Herr Stadtrat Johann Achhammer	
Frau Stadträtin Brigitte Fuchs	Vertretung für Frau Stadträtin Brigitte Mader
Frau Stadträtin Petra Volkwein	
Herr Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann	
Frau Stadträtin Agnes Krumwiede	
Frau Stadträtin Barbara Leininger	
Herr Stadtrat Raimund Reibenspieß	
Herr Stadtrat Oskar Lipp	
Herr Stadtrat Fred Over	
Herr Stadtrat Jakob Schäuble	Vertretung für Frau Stadträtin Veronika Hagn
Herr Stadtrat Jürgen Köhler	
<b>Berufsmäßige Stadträte</b>	
Herr Bernd Kuch	Referat I ab 17:34 Uhr, TOP 9
Herr Franz Fleckinger	Referat II
Herr Gabriel Engert	Referat IV
Herr Gero Hoffmann	Referat VI

**Entschuldigt**

Frau Stadträtin Brigitte Mader

Frau Stadträtin Veronika Hagn

**Tagesordnung:**

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	5
1. Aktuelle Information zum Kulturgesehen	5
2. Sachstandsbericht MKKD	5
3. Wettbewerbsergebnis MS Oberhaunstadt -Mündlicher Bericht von Herrn Hoffmann-	7
4. Studie zur Staffelung von Unterrichtsbeginnzeiten an weiterführenden Schulen in der Stadt Ingolstadt (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0212/22	7
5. Sachstandsbericht Veranstaltungen Urbankultur 2021 (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0990/21	11
6. Bericht über die europäischen und städtepartnerschaftlichen Aktivitäten des Referats für Kultur und Bildung im Jahr 2021 (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0017/22	11
7. Einsetzung einer Kommission zur Sichtung und Beurteilung von Straßennamen, benannt nach Persönlichkeiten in Verbindung zur Zeit des Nationalsozialismus (Referent: Gabriel Engert) Vorlage: V0048/22	12
8. Räume für Kulturschaffende und Vereine	13
. Antrag von Stadtrat Bannert, AfD vom 04.12.2019 Vorlage: V1071/19	13
. Prüfantrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 08.03.2021 Vorlage: V0212/21	17
. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 19.03.2021 Vorlage: V0254/21	18
. Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 30.11.2021 Vorlage: V1114/21	19
. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 10.02.2022 Vorlage: V0143/22	19
. Schaffung der Strukturen für ein Haus der Kulturvereine -Antrag des Migrationsrates der Stadt Ingolstadt-	20
. Beschlussvorlage der Verwaltung (Referenten: Herr Engert, Herr Fleckinger) Vorlage: V0066/22	21
9. Benennung von Privatstraßen auf dem Gelände der IN-Campus GmbH im Umkreis der IN-Campus-Allee (Referent: Herr Hoffmann)V0105/22	23
10. Jahresbericht 2020 - 2021 Stadtbücherei Ingolstadt (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0141/22	24
11. Bayerische Theatertage 2024 in Ingolstadt (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0186/22	25
12. Sachstandsbericht zur Schwimmfertigkeit der Schülerinnen und Schüler an Ingolstädter Schulen (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0173/22	25

- |      |   |    |
|------|---|----|
| 13 . | Stellenplanantrag 2023; Vorzeitige Genehmigung und Besetzung von sechs Planstellen im Schulverwaltungsamt, Sachgebiet 2 "Schulentwicklungs- und Raumprogrammplanung, Statistik, Monitoring"<br>(Referenten: Herr Engert, Herr Kuch) Vorlage: V0187/22 | 27 |
| 14 . | Beteiligung des Stadttheaters und des GKO am „IngolstadtPass“   | 29 |
| .    | Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 12.10.2021 Vorlage: V0941/21   | 30 |
| .    | Änderungsantrag zur Beschlussvorlage: V0011/22 -Beteiligung des Stadttheaters und des GKO am „IngolstadtPass“<br>-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15.03.2022- Vorlage: V0248/22  | 30 |
| .    | Beschlussvorlage der Verwaltung<br>(Referenten: Herr Fischer und Herr Engert) Vorlage: V0011/22   | 31 |
| .    | Moskauer Garten   | 33 |

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Kultur und Bildung ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

### Öffentliche Sitzung

In die Tagesordnung wird **aufgenommen**:

- |                   |   |
|-------------------|---|
| Als Punkt 3 (Neu) | Wettbewerbsergebnis MS Oberhaunstadt<br>-Mündlicher Bericht von Herrn Hoffmann-   |
| Zu Punkt 8 (Neu)  | Schaffung der Strukturen für ein Haus der Kulturvereine<br>-Antrag des Migrationsrates der Stadt Ingolstadt-  |
| Zu Punkt 14 (Neu) | Beteiligung des Stadttheaters und des GKO am „Ingolstadt Pass“<br><br>Beschlussvorlage der Verwaltung<br>(Referenten: Herr Fischer, Herr Engert)<br><b>V0011/22</b><br><br><i><u>hierzu liegt vor:</u></i><br><br>Änderungsantrag zur Beschlussvorlage V0011/22<br>Beteiligung des Stadttheaters und des GKO am „Ingolstadt Pass“<br>Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15.03.2022<br><b>V0248/22</b> |

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

- |                |  |
|----------------|--|
| Punkt 12 (Alt) | Studie zur Staffelung von Unterrichtsbeginnzeiten an weiterführenden Schulen in der Stadt Ingolstadt<br>(Referent: Herr Engert)<br><b>V0212/22</b> |
|----------------|--|

soll vorgezogen und als Punkt 4 behandelt werden.

Die Reihenfolge der weiteren Tagesordnungspunkte verschiebt sich entsprechend.

----

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll gratuliert dem Stadtratsmitglied Dr. Schuhmann zu seinem Geburtstag und überreicht ihm ein Präsent.

Danach gibt der Ausschuss für Kultur und Bildung seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

## Öffentliche Sitzung

### Kenntnisnahme

#### 1 . Aktuelle Information zum Kulturgesehen

Herr Engert geht auf zwei Punkte ein. Zum einen verweist er auf den umfangreichen Prospekt zum 550jährigen Jubiläum der bayerischen Landesuniversität Ingolstadt und auf den Katalog zur Ausstellung im Medizinhistorischen Museum „In the Name of Love“. Weiter informiert Herr Engert, dass coronabedingt im Stadttheater in letzter Zeit sehr viele Aufführungen abgesagt werden mussten. Derzeit werde eine Regelung gesucht, welche ermöglicht, unter Einhaltung der Coronaregeln den Spielbetrieb aufrecht zu erhalten. Die Nachfrage sei groß. Bedauerlich sei, dass die Absagen ein großes Loch in die Einnahmenseite reißen.

An Stadträtin Volkwein gewandt, sei die Ausstellung „In the Name of Love“ zu Ende gegangen und insofern sei der Katalog verteilt worden.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.

### Kenntnisnahme

#### 2 . Sachstandsbericht MKKD

Herr Hoffmann geht anhand einer PowerPoint-Präsentation auf den Status der Baustelle, die Kosten- und die Termsituation der Maßnahme ein. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Auf Anfrage von Stadträtin Fuchs im Hinblick auf die Archäologen weist Herr Hoffmann darauf hin, dass diese außer den „üblichen Scherben“ nichts gefunden haben. Bezüglich des Themas der Kosten verweist er auf ein Schreiben eines örtlichen Baustoffhandels mit dem Hinweis, dass aufgrund der wirtschaftlichen Lage ab dem 24.03.2022 ein Energiekostenzuschlag erhoben werden müsse. Dies beschreibe die derzeitige Lage der Bauwirtschaft nach Beginn des Ukrainekrieges Die Präsentation liegt als Anlage 1 dem Protokoll bei. exemplarisch. Für die konkrete Ausschreibung des in der Präsentation dargestellten weiteren Schlossergewerks und der Prüfung und Wertung der eingegangenen Angebote sei aufgefallen, dass die Eignung des Erstbieters von diesem nicht ausreichend nachgewiesen werden konnte. Leider sei eine solche Vorgehensweise im Bausektor nicht unüblich, um sich als Bieter einen

Ausweg vor Vertragsschluss an dem Angebot offen zu lassen. Der Zweitbieter sei allerdings teurer als der Erstbieter und liege über der ursprünglichen Budgetsumme. Nach Worten von Herrn Hoffmann gehe diese Summe vom Puffer weg. Nach Beginn des Ukrainekrieges habe man außerdem Gespräche mit der Projektsteuerung geführt. Die Vermutung sei, dass sich die Baupreise nun generell anders entwickeln und weiterhin stärker ansteigen werden. Insofern empfehle er das Gewerk „Schlosser 2“ zu beauftragen. Weiter verweist er auf die noch ausstehenden Ausschreibungen, bei denen ähnliche Preissteigerungen zu erwarten seien. Die Nachverhandlungen mit dem Bereich „Elektro“ haben ebenfalls nicht funktioniert und müsse insofern wohl genauso neu ausgeschrieben werden. Weitere ca. 8 Ausschreibungen würden bis Juni 2022 folgen. Nach dem 17.06.2022 liegen alle Ausschreibungen vor und erst dann können konkrete Aussagen zur Kostenentwicklung getroffen werden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll fragt nach, ob es vertragliche Grundlagen im Hinblick auf die Energiepreisaufschläge gebe. Ihres Erachtens bedürfe dies einzelner Prüfungen.

Es gebe immer eine vertragliche Grundlage so Herr Hoffmann. Allerdings würde eine nicht durchsetzbare Vertragsposition ggf. auch nicht weiterhelfen. Es könnten sich auch Bieter einfach vom Markt zurückziehen und Insolvenz anmelden. Er gehe hier von zumindest vielen Gesprächen und hoffentlich möglichst wenigen langwierigen Rechtsstreitigkeiten aus. Die angesprochene Information solle auch nur ein Schlaglicht auf die derzeitige Situation der Baufirmen werfen.

Stadtrat Achhammer befürchtet, dass hier noch mit einigen Überraschungen zu rechnen sei. Zum „Schlosser 2“ fragt er nach, ob hier bereits Kontakt aufgenommen worden sei und ob dieser zum angebotenen Preis agieren könne.

Hier stehe die Bauleitung in Kontakt und Herrn Hoffmann informiert, dass ihm nichts gegenteiliges bekannt sei.

Stadtrat Over zeigt sich über das Wachsen der Baustelle erfreut. Er verweist auf den letzten verabschiedeten Zuschlag und erinnert an die Aussage von Herrn Hoffmann, dass ab März 2022 nur noch ein Museum gebaut werde. Er fragt nach, wann sich dieser Zeitpunkt verschoben habe.

Herr Hoffmann verweist hierbei auf das Gießen der Bodenplatte. Dies verschiebe sich von Ende Mai auf Ende Juni. Danach erfolge der Ausbau mit den Gewerken Trockenbau der Innen- und Außentüren und Fenster usw. Dann sei man eben mit dem Spezialtiefbau fertig. Nach Worten von Herrn Hoffmann habe er schon bei der heutigen Besichtigung in einem Museum gestanden. Die meisten kniffligen Sachen seien bereits erledigt.

Die Mitglieder des Kulturausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.

### **Kenntnisnahme**

#### **3 . Wettbewerbsergebnis MS Oberhaunstadt -Mündlicher Bericht von Herrn Hoffmann-**

Herr Hoffmann geht anhand einer PowerPoint-Präsentation auf das Wettbewerbsergebnis der Mittelschule Oberhaunstadt ein. Die Präsentation liegt als Anlage zwei dem Protokoll bei. Insofern wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Für Stadtrat Reibenspieß bekomme man eine sehr gute, nachhaltige Schule mit einem guten pädagogischen Konzept. Die Standards der DGNB werden hier sehr gut umgesetzt.

Nach Worten von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll spielen die Komponenten der Nachhaltigkeit hier eine sehr große Rolle. Diese seien im Rahmen des Wettbewerbs eigens dargestellt.

Herr Hoffmann merkt an, dass die DGNB-Zertifizierung, getrennt nach einzelnen wichtigen Bereichen, eigens durch ein Fachbüro im Rahmen der Vorprüfung des Wettbewerbs geprüft worden seien.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.

### **Kenntnisnahme**

#### **4 . Studie zur Staffelung von Unterrichtsbeginnzeiten an weiterführenden Schulen in der Stadt Ingolstadt (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0212/22**

Antrag:

Die Studie zur Staffelung von Unterrichtsbeginnzeiten an weiterführenden Schulen in der Stadt Ingolstadt wird zur Kenntnis genommen.

Herr Engert verweist auf den Antrag der UWG-Stadtratsfraktion und merkt an, dass die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt für eine systematische Untersuchung beauftragt worden sei. Dabei sollte eine systematische Erhebung durchgeführt werden.

Frau Dr. Hecht geht anhand einer PowerPoint-Präsentation auf die Ergebnisse der Studie zur Staffelung von Unterrichtsbeginnzeiten an weiterführenden Schulen in der Stadt Ingolstadt ein. Dabei verweist sie auf die Ausgangslage und das Ziel der Studie. Die Präsentation liegt als Anlage drei dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Nach Worten von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll scheinen die Ergebnisse relativ eindeutig zu sein und zielen darauf ab, den ÖPNV und den Fahrradverkehr genauer zu betrachten.

Das Fazit von Stadträtin Volkwein ist, dass die Busse voll und der Schulanfang gleichbleibe. Im Hinblick auf den ÖPNV könne eine Verbesserung erfolgen. Sie hoffe, dass dieses Thema für viele Jahre wieder verschwinde. Ihres Erachtens sei dies eine sorgfältige Arbeit, welche aber nichts an der Gesamtproblematik ändere.

Hier stecke viel Arbeit dahinter, so Stadtrat Over. Er schließe sich nicht uneingeschränkt seiner Vorrednerin an. Im fehlen auf der Positivseite einige Dinge. Fraglich sei, ob es bei den Fragebögen Anmerkungen gegeben habe. Dabei verweist er auf eine frühere Kontinentalstudie, welche einen gestaffelten Schulbeginn angeregt habe. Diese habe bereits damals nichts ergeben. Weiter fragt er nach, ob es ein Feedback des Buspersonals, der Schulpsychologen und Eltern jüngerer Kinder gegeben habe. Eine Durchmischung der Kinder in den Bussen stelle immer ein Problem dar. Nicht nur weil die Busse voll seien, sondern auch die Mischung der Altersjahrgänge sei problematisch.

Frau Dr. Hecht weist darauf hin, dass an der Studie Elternvertretungen und Eltern teilgenommen haben. Gespräche mit Schulpsychologen und Busfahrern haben nicht stattgefunden. Die Anmerkungen bei den Fragebögen haben aber immer auf die überfüllten Busse hingewiesen.

Nach Worten von Herrn Engert habe eine Befragung des Buspersonals nicht stattgefunden. Die Frage war ja nach einer guten Schulorganisation. Der Bus habe hier eine dienende Funktion, um die Schüler zu transportieren. Das Ziel war nicht, wie es für die Busfahrer am angenehmsten sei, sondern wie dies für die Schulen zu organisieren sei. Im Hinblick auf einen anderen Unterrichtsbeginn sei nach dem Bericht einer Schulleiterin bei den Eltern ein Sturm der Entrüstung erfolgt, da für diese eine Betreuung der Kinder ab acht Uhr gewährleistet sein müsse.

Stadträtin Leiniger merkt zum Fahrradverkehr an, dass hier noch viel Potential drinstecke. Es sei klar, dass Eltern die Kinder nicht mit dem Rad zur Schule schicken, wenn es keinen sicheren Schulweg gebe. Hier seien ganz andere Voraussetzungen zu schaffen. Dies habe nichts mit einem gestaffelten Unterrichtsbeginn zu tun, sondern mit der Entlastung des Verkehrs. Dies würde die Busse entlasten und auch die Eltern davon abhalten, die Kinder mit dem Auto zu fahren. Zum Biorhythmus sei festzustellen, dass besonders in Bayern erst die Ferien ab August sind. Der heißeste Monat sei aber der Juli. Insofern bringe ein späterer Unterrichtsbeginn und dann Unterricht bis in die heißen Nachmittagsstunden hinein nichts.

In dieser Studie stecke viel Potential, welche die Basis für die zukünftige Arbeit an Schulen biete, so Stadtrat Reibenspieß.

Hier sei deutlich zum Ausdruck gekommen, dass die Eltern teilweise eine Belastung der Schüler durch die überfüllten Busse sehen. Damit die Belastung der Schüler abnehme, müsse in diesem Bereich etwas passieren, so Stadtrat Köhler. Er bittet um Information von Stadtrat Dr. Schickel hinsichtlich der Problematik eines anderen Unterrichtsbeginns.

Seitens der Schulorganisation sei es ein eindeutiges Bild, dass dies nicht umzusetzen sei, so Stadtrat Dr. Schickel. Dabei verweist er auf die hohe Prozentzahl der Fahrschüler, welche zum Teil weit entfernt wohnen. Bei einem späteren Schulbeginn, kämen diese erst in den Abendstunden nach Hause. Seines Erachtens seien hier die Fahrschüler die großen Verlierer. Es müsse ganz klar am Radverkehr und am Bewusstsein der Eltern gearbeitet werden. Hier müsse ein Umdenken stattfinden. Seines Erachtens sei eine Verschiebung der Unterrichtsanzfangszeiten keine Entlastung, sondern eine weitere Belastung der Schüler, die auf Busverbindungen angewiesen seien.

Eine intensivere Taktung der Busse ziehe eine hohe Kostenlast nach sich, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll.

Herr Dr. Frank informiert, dass dieser Bericht an das INVG-Fahrplanteam weitergegeben worden sei und detailliert ausgewertet werde. Über einige Punkte müsse nachgedacht werden. Konkret sei auf den Einsatz von Verstärkerbussen hingewiesen worden. Diese werden bereits jetzt schon in großem Umfang eingesetzt. Das Thema der vollen Schulbusse sei nicht nur ein Ingolstädter, sondern ein deutschlandweites Problem. Der ÖPNV müsse in der Morgenspitze die größte Beförderungslast erbringen. Herr Frank merkt an, dass aus dem Kreise der bayerischen Verbände auch Überlegungen zur Entzerrung der Schulzeiten erfolgten, aber nirgendwo umgesetzt wurden. Die INVG sieht aber Verbesserungsmöglichkeiten bei der Fahrplanabstimmung und beim Fahrzeugeinsatz, vor allem über die bessere Unterrichtung zur Auslastung der Fahrzeuge. Hierbei handelt es sich um eine neue Technik, die Fahrgastzahlen beim Ein- und Aussteigen automatisiert und anonym zu erfassen. Die sei Bestandteil eines Bundesförderungsprogrammes und solle in den nächsten Jahren umgesetzt werden. Somit könne für den Schülerverkehr vor Fahrtantritt eine bessere Prognose über die Auslastung der Busse für die Fahrgäste geliefert werden.

In Ingolstadt liege die Tendenz bei großen Schulen und Schulverbänden. Insofern bedeute dies für viele Schüler längere Wege und im Zuge dessen habe dies Auswirkungen auf den Bus- und Individualverkehr, so Stadtrat Reibenspieß.

Stadtrat Achhammer verweist auf eine frühere Auswertung zur Entlastung der Glacisbrücke. Die gleichen Punkte haben keine veränderte Schulanfangszeit ergeben. Weiter verweist er auf das Funktionieren dessen in anderen Ländern und fragt nach, warum dies hier nicht möglich sei. Stadtrat Achhammer bittet hier um einen Erfahrungsbericht.

Frau Dr. Hecht verweist hier auf das Thema Gleitzeitpädagogik.

In Ingolstadt müsse die enge Verflechtung der Schulen bei der Nutzung bestimmter Einrichtungen berücksichtigt werden. Dabei verweist Herr Engert auf die Knappheit von Turnhallen. Bei versetzten Unterrichtszeiten würde dies an vielen Stellen einen Leerlauf ergeben.

Hier müsse jeder etwas mitnehmen, so Stadtrat Over. Der ÖPNV, die Stadt bei den Planungen für den Schulbau und auch die Eltern, die Ihre Kinder häufig gerne bis zum Klassenzimmer fahren würden.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.

### **Kenntnisnahme**

- 5 . Sachstandsbericht Veranstaltungen Urbankultur 2021  
(Referent: Herr Engert)  
Vorlage: V0990/21**

Antrag:

Der Ausschuss für Kultur und Bildung nimmt den Sachstandsbericht zu den Veranstaltungen des Sachgebiet Urbankultur 2021 zur Kenntnis.

(Den Bericht haben alle Stadtratsmitglieder erhalten.)

Herr Klein geht anhand einer PowerPoint-Präsentation auf die statistische Auswertung der Veranstaltungen und Festivals ein. Die Präsentation liegt als Anlage 4 dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die Widergabe der Ausführungen verzichtet.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.

### **Kenntnisnahme**

- 6 . Bericht über die europäischen und städtepartnerschaftlichen Aktivitäten des Referats für Kultur und Bildung im Jahr 2021  
(Referent: Herr Engert)  
Vorlage: V0017/22**

Antrag:

Der Bericht über die europäischen und städtepartnerschaftlichen Aktivitäten des Referats für Kultur und Bildung wird zur Kenntnis genommen.

Trotz der Einschränkungen, die die Corona-Pandemie auch 2021 mit sich brachte, konnten im Zeichen der internationalen Solidarität und Kooperation gemeinsame Projekte mit den Partnerstädten verwirklicht werden. Dabei wurden neue Wege beschritten und Projekte mit großem Erfolg erstmalig rein digital konzipiert und durchgeführt.

Auf Grundlage dieses Berichtes hat sich die Stadt Ingolstadt erneut um den „Europapreis“ der Parlamentarischen Versammlung des Europarates beworben. Die Preisträger werden in der ersten Jahreshälfte 2022 bekanntgegeben.

(Den Bericht haben alle Stadtratsmitglieder erhalten.)

Herr Engert informiert, dass es bereits einen Hilfstransport nach Oppeln gegeben habe. Dieser wurde dann in dessen ukrainische Partnerstadt Ivano-Frankivs´k weitergeleitet. Derzeit werde ein weiterer Transport organisiert. Die Situation sei sowohl in Oppeln als auch in deren ukrainischen Partnerstadt ausgesprochen schwierig. Was die Aufnahme von Flüchtlingen angehe, sei Oppeln an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Insofern habe Oppeln Ingolstadt um Unterstützung geben. Dies wurde auch zugesagt.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.

### **Beratend**

- 7 . **Einsetzung einer Kommission zur Sichtung und Beurteilung von Straßennamen, benannt nach Persönlichkeiten in Verbindung zur Zeit des Nationalsozialismus (Referent: Gabriel Engert)**  
**Vorlage: V0048/22**

#### Antrag:

Der im Kurzvortrag genannten Kommission aus Experten zur Überprüfung der Benennung von Straßen im Zusammenhang mit Persönlichkeiten, die eine Beziehung zur Zeit des Nationalsozialismus haben, wird zugestimmt. Die Empfehlungen der Kommission sind dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen. Zuvor sind die Bezirksausschüsse in den Fällen zu hören, in denen Straßen aus dem jeweiligen Bezirk betroffen sind.

Herr Engert informiert, dass die Einsetzung und auch die Besetzung dieser Kommission ein Beschluss des Stadtrates sei. Weiter verweist er auf ein Schreiben seitens der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die Besetzung im Hinblick auf die Geschlechterverteilung unglücklich sei. Insofern habe er den Vorschlag der Fraktion aufgegriffen und regt an, die Kommission mit zwei Personen zu erweitern. Herr Engert schlägt Frau Rummel, welche eine Fachfrau für dieses Thema sei und auch Frau Dr. Kreim, die sich viel mit der Materie beschäftige, vor. Mit dieser Mitgliedererweiterung sei eine bessere Geschlechterverteilung gewährleistet.

#### Gegen die Stimme von Stadtrat Lipp:

Entsprechend dem Antrag befürwortet mit der Maßgabe, die Kommission um zwei weitere Personen, Frau Rummel und Frau Dr. Kreim, zu erweitern.

## 8 . Räume für Kulturschaffende und Vereine

### Beratend

#### **Antrag von Stadtrat Bannert, AfD vom 04.12.2019**

#### **Vorlage: V1071/19**

Hiermit stelle ich folgenden Änderungsantrag zum Haushaltsantrag der UDI-Stadtratsfraktion „Ringsee/Kothau“:

1. Der Antrag der UDI-Stadtratsfraktion zur Schaffung eines städtischen Vereinsheims im Südosten der Stadt Ingolstadt wird abgelehnt.
2. Das Liegenschaftsamt wird beauftragt, bis zur nächsten Stadtratssitzung, 13.02.2020, nach Rücksprache mit dem jeweiligen Bezirksausschuss, in allen Stadtteilen zu prüfen, ob Grundstücke der Stadt Ingolstadt zur Bebauung mit einem Vereinsheim zur Verfügung gestellt werden können.
3. Bei Bedarf wird den ortsansässigen Vereinen (zum Beispiel über einen örtlichen Vereinsring) das Grundstück in Erbpacht für die Errichtung eines gemeinsamen Heimes zur Verfügung gestellt.
4. Der Bau und die Entwicklung des Gebäudes soll nach dem „Brunnenreuther-Modell“ erfolgen, die Kontrolle über die Nutzung des Gebäudes verbleibt bei den beteiligten Vereinen, die Bau, Unterhalt und Belegung organisieren.
5. Die Stadtverwaltung prüft ebenfalls bis zum 13.02.2020 die Möglichkeit einer Ausfallbürgschaft zur Finanzierung des Bauvorhabens.

#### Begründung:

Die Förderung von Vereinen muss stadtweit gleichbehandelt werden. Eine einzel-fallbezogene Lösung nur für einen Stadtteil, wie sie der Antrag der UDI-Stadtratsfraktion vorsieht, führt zu Ungleichbehandlungen unserer Bürger in anderen Orts-teilen.

Die Bürger aus Brunnenreuth haben in beispielhafter Weise aufgezeigt, wie mit Unterstützung der Stadt und großem eigenen Engagement eine Unterbringung für alle Vereine geschaffen werden kann. Dies war ein großartiges Zeichen von Bürgersinn und Bürgergemeinschaft.

Um die Voraussetzung für den Bau eines Vereinsheims zu schaffen, unterstützt die Stadtverwaltung bei der Findung von geeigneten Grundstücken. Vergleichbar dem „Brunnenreuther Modell“ sollen dann die Grundstücke zur Verfügung gestellt werden. Eigentum und Unterhalt bleibt bei den jeweiligen Vereinen, die auch über die Nutzung gemeinsam entscheiden.

Derartige Projekte stärken Bürgersinn und das gemeinsame Miteinander, sie tra-gen zur Kommunikation, Integration und zum Verantwortungsgefühl bei.

#### Stellungnahme des Stadtrates vom 05.12.2019:

Der Antrag der UDI-Stadtratsfraktion (V1047/19) und der Änderungsantrag von Stadt-rat Bannert (V1071/19) werden gemeinsam behandelt.

*Zu Ziffer 1 des Antrags der UDI-Stadtratsfraktion:*

Stadträtin Soffner erläutert die Ziffer 1 des Antrages. Der große Sitzungssaal müsse in der neuen Wahlperiode ertüchtigt werden und wie der restliche Stadtrat im digitalen Zeitalter ankommen z. B. durch eine neue, barrierefreie Anlage, die auch für Nichthörende geeignet sei. Dafür sollen entsprechende Gelder eingestellt werden.

Oberbürgermeister Dr. Lösel weist darauf hin, dass bereits im letzten Jahr im Haushalt dafür Mittel in Höhe von 420.000 EUR bereitgestellt worden seien und die Aufgabe bereits eingeleitet sei. Dies sei auch im Frühjahr 2019 bereits dargestellt worden.

Die Ziffer 1 des Antrages der UDI-Stadtratsfraktion hat sich erledigt.

*Zu Ziffer 2 des Antrags der UDI-Stadtratsfraktion:*

Stadträtin Vosswinkel möchte nach diversen Gesprächen den Titel der Ziffer 2 des Antrags umformulieren und in „Haus der Bürger“ umbenennen. Da die Freiwillige Feuerwehr Ringsee hoffentlich in den nächsten ein oder zwei Jahren in ein neues Gebäude ziehen werde, werde mitten im Herzen des Stadtteils ein Gebäudebestand frei. Dieses Grundstück solle als Ortsmitte erhalten bleiben und da Hort und Grundschule in der Nachbarschaft seien, eventuell das Thema Familienstützpunkt geprüft werden. Im Nachgang bestehe unter Umständen auch noch die Möglichkeit, Räume für die Vereine des Stadtteils mit zu schaffen. In der historischen Eisenbahnersiedlung, führt Stadträtin Soffner weiter aus, sei eine hohe Nachverdichtung mit Mehrfamilienhäusern erfolgt, u. a. baue die GWG in unmittelbarer Nähe auf dem ehemaligen Isar-Amperwerk-Gelände 139 Wohnungen. Wie auch in anderen Stadtteilen würde es dem Stadtteil gut tun, eine Ortsmitte zu schaffen und idealerweise auch einen eventuellen Raumbedarf des Hortes der anliegenden Schule mit zu berücksichtigen. Um gegen Ende des Jahres 2020 mit den Planungen beginnen zu können, werde beantragt, 50.000 EUR in den Haushalt einzustellen.

Stadtrat Bannert weist darauf hin, dass im Antrag der UDI-Stadtratsfraktion „Haus der Vereine“ stehe. Wenn diesem Antrag stattgegeben werde, könnten andere Ortsteile ebenso diesen Anspruch erheben. Deshalb bittet Stadtrat Bannert, wie in Ziffer 2 seines Änderungsantrages aufgeführt, dass das Liegenschaftsamt prüft, ob in allen Stadtteilen Grundstücke zur Verfügung stehen würden. Dies solle, Ziffer 4, nach dem „Brunnenreuther Modell“ erfolgen. Er bittet um Zustimmung zu seinem Antrag.

Da es sich beim Änderungsantrag von Stadtrat Bannert um mehr Grundstücke handle und dieser deshalb der weitergehende Antrag sei, bittet Oberbürgermeister Dr. Lösel um Abstimmung.

*Abstimmung über den Änderungsantrag von Stadtrat Bannert:*

Mit 26:24 Stimmen:

1. Der Antrag der UDI-Stadtratsfraktion zur Schaffung eines städtischen Vereinsheims im Südosten der Stadt Ingolstadt wird abgelehnt.
2. Das Liegenschaftsamt wird beauftragt, bis zur nächsten Stadtratssitzung, 13.02.2020, nach Rücksprache mit dem jeweiligen Bezirksausschuss, in allen

- Stadtteilen zu prüfen, ob Grundstücke der Stadt Ingolstadt zur Bebauung mit einem Vereinsheim zur Verfügung gestellt werden können.
3. Bei Bedarf wird den ortsansässigen Vereinen (zum Beispiel über einen örtlichen Vereinsring) das Grundstück in Erbpacht für die Errichtung eines gemeinsamen Heimes zur Verfügung gestellt.
  4. Der Bau und die Entwicklung des Gebäudes soll nach dem „Brunnenreuther-Modell“ erfolgen, die Kontrolle über die Nutzung des Gebäudes verbleibt bei den beteiligten Vereinen, die Bau, Unterhalt und Belegung organisieren.
  5. Die Stadtverwaltung prüft ebenfalls bis zum 13.02.2020 die Möglichkeit einer Ausfallbürgschaft zur Finanzierung des Bauvorhabens

Die Ziffer 2 des Antrages der UDI-Stadtratsfraktion hat sich damit erledigt.

*Zu Ziffer 3 des Antrags der UDI-Stadtratsfraktion:*

Stadträtin Soffner legt dar, dass dieser Antrag aus dem letzten Jahr bekannt sei, aber nichts besser geworden sei. Die Schulkinder seien für ihr Tagesprogramm, auch weil die Ganztagesbetreuung rasant auf dem Vormarsch sei, mit schwerem Gepäck unterwegs. Gerade im Winterhalbjahr, bei Dunkelheit und jeder Witterung halte die UDI-Stadtratsfraktion eine Strecke von bis zu drei Kilometern für nicht angemessen. Sie bittet in der Zeit von Oktober bis März ein Halbjahresticket kostenlos anzubieten. Da dies mit Sicherheit nicht für alle Kinder gleichzeitig möglich sei, schlägt Stadträtin Soffner vor, mit den unteren Jahrgangsstufen 5 - 9 der weiterführenden Schulen, die am allerdeutlichsten belastet seien, zu beginnen.

Da nur die Gesamtzahlen der gesetzlichen Schülerbeförderung der Klassen 1 – 10 bekannt seien, aber die Zahl der registrierten Schülerbeförderung der Klassen 5 – 9, schätzt Herr Engert, dass es sich pro Jahr um einen Betrag von ca. 1 Mio. bis 1,1 Mio. EUR handle.

Herr Dr. Frank informiert darüber, dass in der Sitzung des Aufsichtsrates der INVG am 11.12.2019 auch über den Tarif gesprochen werde. Ein sehr umfangreiches Paket, aus seiner Sicht das größte seit Bestand der INVG, zur deutlichen Attraktivität des ÖPNV in Ingolstadt sei dafür vorbereitet worden. Parallel dazu seien vom Bund und auch vom Land Bayern mehrere Maßnahmen initiiert worden, die nicht nur die Technik berühren, sondern auch tarifliche Rabattierungen, Stichwort 365 EUR-Jugendticket, in Aussicht stellen. Dazu seien umfangreiche gutachterliche Berechnungen sowie die Unterstützung der Verkehrsunternehmen nötig. Der weitführende Antrag der UDI-Stadtratsfraktion zum Thema Schülerbeförderung, betont Herr Dr. Frank, berühre alle Partnerinteressen. Dies haben die Unternehmen und auch die benachbarten Landkreise in der Sitzung des Rates der Verkehrsgemeinschaft Ingolstadt am 05.12.2019 deutlich gemacht. Im VGI-Rat sitzen Vertreter aller drei Landkreise und der Stadt Ingolstadt sowie der führenden Unternehmen zusammen, um die Weiterentwicklung der Verkehrs- und Tarifpolitik der Region Ingolstadt anzugehen, erläutert Herr Dr. Frank. Es sei in dieser Sitzung um eine detaillierte Auswertung der zu entstehenden Verluste und um eine juristische Prüfung der möglich erscheinenden Probleme mit dem Fördergeber der Schülerbeförderung gebeten worden. Auch die Folgewirkungen auf die Nachbarlandkreise seien angesprochen worden. Herr Dr. Frank bittet aus diesem Grund darum, zum einen über diese Thematik in der nächsten Woche im Aufsichtsrat der INVG zu sprechen und als weiteres um sorgfältige Prüfung der Auswirkungen auf die Fördersituation, um dies im Gremium des Zweckverbandes Verkehrsgemeinschaft Ingolstadt diskutieren zu können. Insgesamt befindet Herr Dr. Frank, dass man beim Thema ÖPNV auf einem guten Weg sei.

Die Vertagung in ein anderes Gremium sei bereits die Vorgehensweise im vergangenen Jahr gewesen, so Stadträtin Soffner. Heute gehe es darum, einen Betrag zur Verfügung zu stellen. Werde dieser Betrag nicht eingeplant, nutze die Besprechung in der nächsten Woche auch nichts. Sie bittet zum Wohle der Kinder um die Einstellung der Haushaltsmittel. Stadträtin Soffner könne sich nicht vorstellen, dass die Landkreisgemeinden etwas dagegen haben könnten, da es sich um eine Maßnahme rein auf städtischem Gelände handle.

Bürgermeister Wittmann weist bezüglich der Schülerbeförderung auf Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern hin und warnt davor, eine unter Umständen kontraproduktive Entscheidung vorweg zu treffen.

Herr Dr. Frank ergänzt, dass das vom Freistaat Bayern intendierte 365 EUR-Jugend- und Auszubildendenticket darauf basiere, dass es ein einheitliches Ticket für den gesamten Verbundraum der VGI geben solle. Die aktuellen Gespräche sehen vor, dass nur das gefördert werde, was das aktuelle Tarifniveau betreffe und Unterschreitungen quotaal ausgeglichen werden. Seitens der Geschäftsführung gebe es das Petikum in der Vorlage, dass, bis die Förderbedingungen klar seien, keine einseitigen Stadt Ingolstadt bezogenen Maßnahmen vorgenommen werden, da dies möglicherweise im Widerspruch stehe zu den doch erheblichen Fördergeldern, die von Freistaat und Bund in Aussicht gestellt werden.

Die Ziffer 3 des Antrages der UDI-Stadtratsfraktion wird mehrheitlich abgelehnt.

*Zu Ziffer 4 des Antrags der UDI-Stadtratsfraktion:*

In Ingolstadt gebe es sehr viele Stellen, die sich mit diesem Thema beschäftigen, erklärt Stadträtin Soffner. Allein im Stadtteil Unterhaunstadt seien in einer Aktion 40 erkrankte Katzen aufgegriffen worden. Beim Punkt Katzenschutzverordnung, das ergab auch eine Rücksprache mit Herrn Müller, könnten auch die Stadt München oder andere Städte unterstützend tätig werden.

Gegen 3 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

*Zu Ziffer 5 des Antrags der UDI-Stadtratsfraktion:*

Da die Förderung baulicher Maßnahmen für generationenübergreifende Wohngemeinschaften zwingend an eine komplette Richtlinie gebunden sei, schlägt Oberbürgermeister Dr. Lösel vor, zuerst die Voraussetzungen zu schaffen und anschließend entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen. Sobald die Richtlinie aufgestellt sei, werden die Mittel im ersten Jahr aus der Deckungsreserve entnommen, in den folgenden zwei Jahren direkt im Haushalt eingestellt. Dies solle möglichst zeitnah erfolgen.

Dieser Vorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

Mit allen Stimmen:

Es soll möglichst zeitnah für bauliche Maßnahmen eine entsprechende Richtlinie erarbeitet werden.

*Zu Ziffer 6 des Antrags der UDI-Stadtratsfraktion:*

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

*Zu Ziffer 7 des Antrags der UDI-Stadtratsfraktion:*

Stadtrat Dr. Schuhmann ist der Meinung, dass keine gutachterliche Stellungnahme mit Kosten in Höhe von 20.000 EUR benötigt werde, da das städtische Forstamt fachmännische Auskünfte über den Zustand der städtischen Wälder gebe, auch vor Ort.

Oberbürgermeister Dr. Lösel regt eine Umdeutung an. Die Vorlage einer Studie könne intern, aber auch extern vorgelegt werden. Für den Fall eines externen Gutachtens stünden so genügend Mittel in der Deckungsreserve. Er stellt klar, dass eine Begutachtung durchaus auch von den fachlich versierten MitarbeiterInnen der Verwaltung sehr gut erstellt werden könne.

Stadtrat Dr. Werding erläutert den Antrag noch dahingehend, dass im Auwaldschutzgebiet umfangreiche Holzfallmaßnahmen stattgefunden hätten. Es gilt zu erfassen, was in diesem Zeitraum passiert sei und um eine Basis zu erhalten, wie dieser Rest eines Auwaldes noch gepflegt und geschützt werden könne. Natürlich könne diese Studie, so Dr. Werding, auch das Forstamt übernehmen, man wolle die städtische Behörde nicht erneut mit einem Auftrag belasten.

Herr Dr. Ebner weist darauf hin, dass das Bayerische Umweltministerium vor kurzem eine Studie zum Auwald zwischen Donauwörth und Neuburg vorgestellt habe. Diese Broschüre könne allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Die Einstellung von Haushaltsmitteln für die Betrachtung des Auwaldes im Bereich Neuburg und Ingolstadt sei zu begrüßen und wäre eine sehr große Unterstützung für den Umweltschutzbereich, so Herr Dr. Ebner.

Zur Projektförderung und –prüfung und gegebenenfalls für eine Darstellung in der Öffentlichkeit werden 20.000 EUR in den Haushalt eingestellt, fasst Oberbürgermeister Dr. Lösel zusammen.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

----

*Diskussion und Beschlussfassung siehe V0066/22.*

## **Beratend**

**Prüfantrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 08.03.2021  
Vorlage: V0212/21**

Antrag:

als FDP/JU-Ausschussgemeinschaft stellen wir folgenden

**Prüfantrag:**

Die Verwaltung möge die Einrichtung eines Hauses der Vereine prüfen. Insbesondere sollte dargestellt werden, mit welchen Kosten die dort untergebrachten Vereine zu rechnen hätten und welche Fördermöglichkeiten denkbar sind. Zudem soll Gegenstand der Prüfung sein, ob sich durch die gemeinsame Nutzung von Räumen durch Vereine Effizienzpotentiale heben lassen.

**Begründung:**

Die fünf Vereine, die jetzt auf dem „Weinzierlgelände“ ihren Sitz haben, sollen im Zuge der weiteren Planung abgesiedelt werden. Ziel ist, nach Möglichkeit eine neue dauerhafte und ansprechende Unterbringung für diese Vereine sicherzustellen. Gleichzeitig gibt es weitere Vereine, die sich um Räumlichkeiten bemühen, auch diese sollen in die Prüfung einbezogen werden. Besonders im Fokus sollen dabei die gemeinnützigen Vereine stehen, die Jugend und Kultur fördern.

*Diskussion und Beschlussfassung siehe V0066/22.*

**Beratend****Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 19.03.2021  
Vorlage: V0254/21****Antrag:**

Immer wieder berichten Kulturschaffende und Musiker\*innen über den Mangel an Arbeits- und Proberäumen.

Deswegen stellt die SPD-Stadtratsfraktion folgenden **Antrag**:

Die Stadt sucht Räumlichkeiten, die von Künstlern, vom künstlerischen Nachwuchs und von freien, nicht etablierten Gruppen als Arbeits- und Proberäume genutzt werden können, um kreatives Potential in Ingolstadt zu entwickeln und zu halten. Die Stadt stellt eine grundlegende Infrastruktur zur Verfügung, die niederschwelligen Aufenthalt und kulturelle Nutzung erlaubt.

**Begründung:**

Ingolstadt bietet nur wenige Auftrittsmöglichkeiten für Bands der Gegenwartskultur. Vor allem im Nachwuchsbereich ist es problematisch, passende Proberäume zu finden. Auch aber auch andere Kulturschaffende berichten über einen Mangel an anpassenden und vor allem bezahlbaren Arbeitsräumen.

Um das kreative Potential, das eine Stadt braucht, zu entwickeln und zu halten, ist es notwendig, dass die Stadt ihre Zuständigkeit als Vermittlerin solcher Räume wahrnimmt und damit ein Signal setzt, dass sie auf eine lebendige kulturelle Entwicklung

im nicht etablierten Bereich nicht verzichten möchte und ihr die Förderung des künstlerischen Nachwuchses und nicht etablierter, freier Gruppen ein Anliegen ist.

*Diskussion und Beschlussfassung siehe V0066/22.*

## **Beratend**

### **Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 30.11.2021**

**Vorlage: V1114/21**

#### Antrag:

Die Ausschussgemeinschaft FDP/JU stellt folgenden

#### **Antrag:**

Prüfantrag Haus der Vereine

Die Ausschussgemeinschaft FDP/JU beantragt: Die Verwaltung prüft, inwieweit der alte Kinosaal auf dem Rietergelände für ein Haus der Vereine geeignet sein könnte. Die Prüfung beinhaltet auch, ob die Stadt Ingolstadt anpachtet oder erwirbt.

#### Begründung:

Vereine und die darin organisierten Menschen verdienen besondere Wertschätzung. Sie erbringen selbstlose und unbezahlbare Dienste an der Stadt und an ihrer Gesellschaft. Sie sorgen für Vielfalt, fördern soziale Kompetenz und Identifikation und verleihen den Bedürfnissen der Bürger und Mängeln in den Strukturen eine Stimme. Vereine bedeuten für viele Menschen Teilhabe und soziale Nähe. Ein Haus der Vereine wäre eine gute Möglichkeit, Vereinen ein maßgeschneidertes Angebot zu machen: Räume für Vorstandssitzungen, Mitgliedertischchen, Mitgliederversammlungen, Darbietungen, Bewirtungsmöglichkeiten und abschließbare Räume für Ordner und Material.

*Diskussion und Beschlussfassung siehe V0066/22.*

## **Beratend**

### **Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 10.02.2022**

**Vorlage: V0143/22**

#### Antrag:

die CSU-Stadtratsfraktion stellt folgenden **Antrag:**

Es soll ein Haus der „Heimatvereine Ingolstadt“ errichtet werden mit Heimatstube für Vereine, die ihre Kultur und Traditionen pflegen, den Menschen näherbringen und die Heimatverbundenheit in jungen Menschen wecken und fördern.

#### **Begründung:**

Die Heimatvereine in Ingolstadt mit über 1200 Mitgliedern machen sich Sorgen um die Zukunft – obwohl sie immer wieder an zahlreichen kulturellen Veranstaltungen der Stadt teilnehmen und diese bereichern.

Die aktuelle Situation der von der Stadt Ingolstadt angemieteten Räumlichkeiten am Baggerweg 11 zum Ausüben der Vereinsaktivitäten (Vorträge, Seminare, Tanzproben etc.) entspricht schon längst nicht mehr dem Standard der heutigen Zeit. Seit über zwei Jahren ist das Wasser im Haus abgestellt, die Toiletten sind außer Funktion. Es besteht keine Aussicht auf eine baldige Lösung. Den älteren Mitgliedern und Gästen ist es nicht zuzumuten bei Wind, Regen und Schnee in die draußen aufgestellte Toilettenanlage zu gehen. Man sollte bemüht sein, Barrieren abzubauen und nicht neue aufbauen! Ein „normales“ Vereinsleben kann nicht mehr stattfinden, die Aktivitäten sind deutlich eingeschränkt.

Junge Leute zu überzeugen, in einem Traditionsverein Mitglied zu werden, ist schwer genug, unter diesen Gegebenheiten jedoch ein Ding der Unmöglichkeit.

Eine moderne und aufgeschlossene Stadt wie Ingolstadt braucht ein Haus der Heimatvereine, denn aus dem Bewusstsein unserer Geschichte bauen wir gemeinsam an unserer Zukunft.

*Diskussion und Beschlussfassung siehe V0066/22.*

## **Beratend**

### **Schaffung der Strukturen für ein Haus der Kulturvereine -Antrag des Migrationsrates der Stadt Ingolstadt-**

Seit über einem Jahr beschäftigt sich der Migrationsrat der Stadt Ingolstadt mit der Idee, ein „Haus für Kulturvereine“ in Ingolstadt zu schaffen. Die Ideen für einen solchen Ort, der die verschiedenen Kulturvereine unter ein Dach aufzunehmen soll, sind mittlerweile so weit entwickelt, dass wir nun folgenden Antrag stellen:

1. Die Verwaltung unterstützt den Migrationsrat bei der Suche nach einem geeigneten Gebäude, das zu einem „Haus der Kulturvereine“ werden kann.
2. Der Migrationsrat entwickelt mit Unterstützung des Kulturamts ein auf Ingolstadt zugeschnittenes Konzept für das „Haus der Kulturvereine“ mit der Leitidee der Integration und des interkulturellen Zusammenlebens.

#### Begründung:

In Ingolstadt leben Menschen aus ca. 150 Nationen. Die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund liegt heute über 45% und wird weiter zunehmen. Das Bevölkerungswachstum der letzten Jahre ist ausschließlich auf den Zuzug von Menschen mit ausländischen Staatsangehörigkeiten zurückzuführen. Die Stadt muss auf die bestehenden Tendenzen reagieren und Konzepte und Maßnahmen entwickeln, die die Stadt noch attraktiver für Neubürgerinnen und Neubürger aus dem In- und Ausland macht. Ingolstadt muss sich weiter öffnen und Menschen aus aller Welt willkommen heißen.

Das Ziel besteht darin, Vielfalt als Stärke zu sehen und die Potentiale und Chancen, die eine vielfältige Gesellschaft charakterisieren, sichtbar zu machen, wertzuschätzen und für alle Ingolstädter\*innen transparent darzustellen

Diese Menschen mit ihren unterschiedlichsten Kulturen wollen wir die gleichberechtigte Chance auf Teilhabe unter anderem am Bildungssystem, am Arbeitsmarkt und

am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in einer Stadt, die Heimat sein soll für alle Ingolstädterinnen und Ingolstädter, unabhängig von ihrer ganz persönlichen Migrationsbiographie.

Das große Ziel des guten Miteinanders in unserer Stadtgesellschaft gelingt nur, wenn auch Möglichkeiten der Begegnung geschaffen werden.

Das kulturelle Angebot Ingolstadts ist vielseitig und attraktiv für viele Menschen. Bisher fehlt allerdings ein Ort, der eine Adresse und ein Angebot für die Kultur- und Heimatvereine aus vielen verschiedenen Nationen darstellt, ein „Haus der Kulturvereine“.

Dieses Haus soll eine Heimat für Kulturvereine unterschiedlichster Nationen darstellen.

In einigen größeren Städten gibt es bereits ähnliche Räumlichkeiten bzw. Häuser, die für eine mögliche Ingolstädter Umsetzung als Vorbild dienen könnten. An dieser Stelle können beispielsweise die „Kresselsmühle“ in Augsburg oder das „EineWelt-Haus“ in München genannt werden. Sie bieten den Kulturvereinen günstige Möglichkeiten ihr Vereinsleben zu praktizieren, ihre Kultur darzustellen und für die gesamte Stadtgesellschaft zu öffnen.

*Diskussion und Beschlussfassung siehe V0066/22.*

## **Beratend**

### **Beschlussvorlage der Verwaltung (Referenten: Herr Engert, Herr Fleckinger) Vorlage: V0066/22**

#### Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Machbarkeitsstudien inklusive Kostenschätzung zu prüfen, ob
  - 1.1. dem Anliegen auf zusätzliche Probenräume für Musikgruppen, auf Ateliers und Coworking-Spaces durch eine Sanierung oder gegebenenfalls einen Neubau der Halle 8 Rechnung getragen werden kann. Das Ergebnis ist dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen. Die Konzeptideen sind mit den Überlegungen zum KUK in der Donaustraße abzustimmen.
  - 1.2. nach entsprechenden baulichen Veränderungen die ehemalige Zulassungsstelle (Regensburger Straße 68) als Haus der Vereine genutzt werden kann.
2. Die Ergebnisse werden dem Stadtrat zur Entscheidung zum weiteren Vorgehen vorgelegt.
3. Die unten genannten Anträge sind damit abgearbeitet.

*Der Antrag der CSU-Stadtratsfraktion V0143/22, die Anträge der Ausschussgemeinschaft FDP/JU V1114/21 und V0212/21, der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion V0254/21, der Antrag der AfD-Stadtratsfraktion V1071/19, der Antrag der **Migrationsrates** und der Antrag der Verwaltung V0066/22 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll verweist auf eine Änderung hinsichtlich der Beschlussvorlage. Da die Zahl der zur Verfügung stehenden Liegenschaften äußerst beschränkt sei, werde derzeit das Haus an der Regensburger Straße für ukrainische Flüchtlinge hergerichtet. Nachdem dieses Haus dadurch auf absehbare Zeit nicht mehr zur Verfügung stehe, müsse für die Vereine auf dem Weinzierlgelände eine neue gangbare Lösung gefunden werden.

Herr Engert merkt an, dass ihm der Antrag des Migrationsrates nicht bekannt gewesen sei.

Frau Gumplinger erläutert den Antrag des Migrationsrates. Nach Ihren Worten sei es wichtig, ein Haus für die Kulturvereine zu finden. Für alle Mitglieder des Migrationsrates sei dies eine Herzensangelegenheit, denn dadurch bestehe die Möglichkeit zur Begegnung verschiedener Kulturen.

Nach Worten von Stadtrat Dr. Schickel sei es aufgrund der vorgegebenen Größenordnung schwierig, ein solches Haus zu finden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll geht nicht davon aus, dass hier nur an ein Haus gedacht werde.

Stadträtin Leininger bestätigt den Wunsch des Migrationsrates. Diese Idee werde seit geraumer Zeit in Arbeitsgruppen mit großem Engagement erarbeitet. Das Thema Heimat sei für die Mitglieder des Migrationsrates ein wichtiges. Fraglich sei allerdings, ob das Haus für Kulturvereine ein Dach über den ganzen Vereinen sei. Nach Worten von Stadträtin Leininger fehle eine Verbindung zu den restlichen Gremien, denn dies könne nicht nur innerhalb des Migrationsrates entwickelt werden.

Hier sollte größer gedacht werden, so Herr Fleckinger. Er informiert, dass das Liegenschaftsamt eine Übersicht über alle derzeitigen Unterbringungen der Vereine innerhalb des Stadtgebietes erstelle. Es gebe bereits vielfältige Örtlichkeiten, welche für Vereine nutzbar seien. Dabei verweist der Finanzreferent auf das Haus der Vereine in der Rückertstraße. Hier seien neben anderen Nutzern u. a. Kulturvereine untergebracht und auch auf dem Weinzierlgelände seien mehrere Vereine mit Migrationshintergrund eingewiesen. Nach Vorlage der Übersicht sei es Aufgabe des Referates IV, wie mit den verschiedenen bestehenden Nutzungen in städtischen Gebäuden umgegangen werde. Herr Fleckinger bittet allerdings, nicht in den Gedanken zu verfallen, ein großes, mehrstöckiges Haus zu suchen. Eine entstehende räumliche Abschottung dieser Vereine in einem Gebäude sei seines Erachtens nicht sinnvoll, vielmehr sollte es die Öffnung der Kulturen fördern. Weiter regt er an, die Stadtteiltreffs in die Überlegungen mit einzubinden. Für die Halle acht sei, wie in der Vorlage aufgezeigt, eine kulturelle Nutzung geplant, die auch die Unterbringung von Vereinen ermöglicht.

Die Idee dieser Beschlussvorlage sei eine ganze Reihe von Anträgen, welche nicht deckungsgleich sind, abzuarbeiten. Vorschlag von Herrn Engert sei, die Machbarkeitsstudie für die Halle acht weiter zu verfolgen. Hierbei handelt es sich um Musikproberäume für Künstler. Der Antrag des Migrationsrates „Haus der Vereine“ solle nach seinen Worten zurückgezogen werden, da dieser erst neu aufbereitet werden müsse. Seines Erachtens sei dies ein klassisches Thema für eine Arbeitsgruppe des Kulturbeirats.

Abstimmung über die Beschlussvorlage der Verwaltung **V0066/22**:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet mit der Maßgabe, dass der Antragsteil, der die Unterbringung der Vereine betrifft, zurückgezogen und unter Berücksichtigung des Antrages des Migrationsrates neu vorgelegt wird. Die Machbarkeitsstudie zur Halle 8 wird umgesetzt.

## **Beschließend**

- 9 . Benennung von Privatstraßen auf dem Gelände der IN-Campus GmbH im Umkreis der IN-Campus-Allee**  
**Vorlage: V0105/22**

Mit allen Stimmen:

Für die im Lageplan aufgeführten Privatstraßen sollen die von der IN-Campus GmbH priorisierten Straßennamen vergeben werden (siehe Anlage 1)

Elsa-Neumann-Straße, Heinrich-Hertz-Straße, Maria-Telkes-Straße, Herta-Sponer-Straße,  
Adam-Ries-Straße, Samuel-Alderson-Straße, Thomas-Edison-Straße, Gustave-Trouvé-Straße  
und Georg-Cantor-Straße.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Benennungsverfahren durchzuführen und die entsprechenden Verfügungen zu erlassen. Eine öffentliche Widmung der Privatstraßen erfolgt nicht.

### **Kenntnisnahme**

- 10 . Jahresbericht 2020 - 2021 Stadtbücherei Ingolstadt  
(Referent: Herr Engert)  
Vorlage: V0141/22**

#### Antrag:

Der Kultur- und Schulausschuss möge den Jahresbericht zur Kenntnis nehmen.

(Den Jahresbericht haben alle Stadtratsmitglieder erhalten.)

Frau Marx-Teykal erläutert die Vorlage und geht dabei auf den Jahresbericht ein. Sie merkt an, dass im Hinblick auf Corona, zwei Jahre aufgezeigt werden. Weiter verweist sie auf die Darstellungen der Auswirkungen von Corona auf die Nutzer der Stadtbücherei und den Stand der derzeitigen Nutzung. Aufgrund von Corona haben sich digitale Angebote entwickelt, welche auch kostenlos, vor allen für Familien, angeboten worden seien. Festzustellen sei, dass nicht jeder diese digitalen Angebote nutzen wollte oder konnte. Der Anteil der analogen Nutzer sei zurückgegangen, aber der digitale Anteil habe sich erhöht. Festzuhalten sei, dass die analoge Nutzung immer noch die stärkere sei. Die Befürchtung für Frau Marx-Teykal sei, einen Teil der Nutzer nicht mehr zu erreichen. Weiter verweist sie auf den Nachteil von digitalen Kinderbüchern. Dies sei für einen Leseanfänger nicht das richtige Instrument. Eine weitere Befürchtung sei, die Jugendlichen schlecht erreicht zu haben. Gerade diese konnten aufgrund verschiedenster Impf- und Schutzmaßnahmen die Bücherei lange Zeit nicht betreten. Der neue Aufbau dieses Kontaktes sei sehr wichtig. Frau Marx-Teykal hoffe, dass es im Jahr 2022 positiv weitergehe und sie wieder alle erreiche.

Stadtrat Reibenspieß verweist auf die aufgehängten Plakate mit den Sprüchen und merkt an, dass diese sehr gut bei Kindern ankommen.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.

### **Beschließend**

- 11 . Bayerische Theatertage 2024 in Ingolstadt  
(Referent: Herr Engert)  
Vorlage: V0186/22**

Mit allen Stimmen:

Der Ausschuss für Kultur und Bildung und der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit sind damit einverstanden, dass das Stadttheater Ingolstadt die 39. Bayerischen Theatertage im Jahr 2024 ausrichtet. Die Mittel in Höhe von 500.000 € bei der Haushaltsstelle 331100.60\* werden im Haushaltsjahr 2024 bereitgestellt.

### **Kenntnisnahme**

- 12 . Sachstandsbericht zur Schwimmfertigkeit der Schülerinnen und Schüler an Ingolstädter Schulen (Referent: Herr Engert)  
Vorlage: V0173/22**

Antrag:

Der Sachstandsbericht zur Schwimmfertigkeit der Schülerinnen und Schüler an Ingolstädter Schulen sowie zu den Maßnahmen zur Förderung der Schwimmfertigkeit wird zur Kenntnis genommen.

(Den Bericht haben alle Stadtratsmitglieder erhalten.)

Für Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sind die Zahlen der Nichtschwimmer erschreckend. Hier bestehe ein großer Handlungsbedarf. Aus den Berichten sei ersichtlich, dass in allen möglichen Bereichen bereits schon viel getan werde. Die Schwierigkeit sei hier allerdings der Personalmangel.

Stadtrat Reibenspieß merkt an, dass viele Lehrerkollegen die Sport in den Grund- und Mittelschulen unterrichten, keinen Schwimmschein haben. Insofern gebe es hier einen gewissen Engpass. Der große Nachholbedarf könne aber nicht alleine von den Schulen gedeckt werden.

Auch für Stadtrat Köhler sind diese Zahlen erschreckend. Er bittet hier um intensive Prüfung der geplanten Maßnahmen und wünsche sich für das nächste Jahr einen positiveren Bericht.

Für Stadtrat Dr. Schickel solle nicht nur die Schwimloffensive, sondern generell die Sportoffensive erweitert werden. Festzustellen sei, dass die Sportfähigkeit der Kinder extrem nachgelassen habe. Dabei verweist er besonders auf die Mädchen, welche sich während der Corona-Pandemie häufig in sozialen Netzwerken bewegt haben.

Herr Engert stimmt seinem Vorredner zu, verweist aber auf den Unterschied zwischen Sport- und Schwimmunterricht. Nichtschwimmen könne verherrende Folgen haben. Insofern sei es besonders tragisch, dass durch die Corona-Pandemie so viel Schwimmfähigkeit verloren gegangen sei.

Stadtrat Reibenspieß verweist auf die Bedeutung des Sportunterrichts. Die Problematik seien hier die geringe Anzahl der Sporthallen. Den Sportunterricht mit dem Bus oder gar fußläufig zu erreichen, bedeute meist einen Entfall dessen.

Für Herrn Engert sei die Bewegung ein Gewinn, wenn die Kinder zur Sporthalle laufen.

Die interessante Frage sei doch, wie man eine Steigerung der Anzahl der Schwimm-scheine bei den Lehrern erziele. Stadtrat Schäuble regt an, dies bereits in den Ausbildungsstätten zu kommunizieren. Da dieses ein drängendes Thema sei, spreche auch nichts gegen eine Förderung durch die Stadt.

Den Schwimmunterricht in die Ausbildung mit aufzunehmen müsse angeregt werden, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Ihres Erachtens sei dies ein Thema für die Hochschulen.

Stadtrat Reibenspieß informiert, dass es für die verschiedenste Gerätschaften im Sport entsprechende „Scheine“ gebe. Dies sei den meisten angehenden Sportlehrern nicht bekannt. Insofern müsse dies frühzeitig kommuniziert werden.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.

**Beratend**

- 13 . Stellenplanantrag 2023;  
Vorzeitige Genehmigung und Besetzung von sechs Planstellen im Schulverwaltungsamt, Sachgebiet 2 "Schulentwicklungs- und Raumprogrammplanung, Statistik, Monitoring"  
(Referenten: Herr Engert, Herr Kuch)  
Vorlage: V0187/22**

Antrag:

1. Im Schulverwaltungsamt Sachgebiet 2 „Schulentwicklungs- und Raumprogrammplanung, Statistik, Monitoring“ werden 6 Planstellen in A 11/EG 10 mit jährlichen Kosten von ca. 458.700 € zum 01.01.2023 geschaffen. Die Planstellen werden im Hinblick auf eine durchschnittliche Projektlaufzeit von mindestens 5 Jahren mit einem KW-Vermerk 31.12.2027 versehen.
2. In Anbetracht der Überlastungssituation im Sachgebiet und der Bedeutsamkeit und Eilbedürftigkeit der Schulbauprojekte wird einer sofortigen Ausschreibung und Besetzung der Planstellen in 2022 zugestimmt.

Herr Engert weist darauf hin, dass derzeit Schulen wie nie zuvor in Ingolstadt gebaut werden. Diese Schulbaumaßnahmen forderten auch das Schulverwaltungsamt, weil dieses die Vorhaben direkt begleite. Jede Entscheidung des Hochbauamtes bedürfe auch einer Begleitung und Mitentscheidung des Nutzers. Der Umgang mit der Regierung und der Genehmigung der Raumprogramme habe einen unvorstellbaren Arbeitsumfang angenommen. Herr Engert betont, dass es aus der betroffenen Abteilung eine Überlastungsanzeige gebe. Insofern sehe er sich als verantwortlicher Referent in der Pflicht, eine Verbesserung zu erzielen. Zur Abwicklung des Schulbauprogrammes seien diese Stellen in diesem Umfang notwendig, da sich ansonsten das Ganze verlangsamen würde. Nach Worten von Herrn Engert seien die wenigen Mitarbeiter in der Abteilung völlig überfordert und am Ende ihrer Möglichkeiten.

Es sei unumstritten, dass die derzeitige Lage im Hinblick auf die Schulbauten einen hohen personellen Aufwand darstelle, so Stadtrat Reibenspieß. Er regt eine Diskussion im Finanzausschuss an, verweist aber auf eine Beschlussfassung im Personalausschuss.

Stadtrat Achhammer fragt nach, ob das Personal neu eingestellt werden müsse.

Eine Überlastungsanzeige einer gesamten Abteilung ist für Herrn Kuch erschreckend. Eine Bedarfsanalyse habe aufgezeigt, dass sich in der Spitze ein Stellenmehrabbedarf von sechs zusätzlichen Planstellen ergeben habe. Das Personal müsse eingestellt werden, insofern bedürfe es einer möglichst schnellen Stellenausschreibung, um diese im Vorgriff auf den Stellenplan 2023 besetzen zu können. Wenn das reguläre Verfahren ohne Vorgriff vorgenommen würde, dann sei eine Besetzung erst nach der Rechtskraft des Haushaltes 2023 möglich. Herr Kuch habe als Personalreferent die Verantwortung gegenüber dem vorhandenen Personal. Weiter bestehe die Gefahr, dass aufgrund von Fehleinschätzungen eine unzureichende Bearbeitung, gerade im Rahmen von Genehmigungsverfahren oder bei Zuwendungen, erfolgen könne. Wenn keine schnelle Stellenbesetzung erfolge, dann sehe er die Gefahr des Organisationsverschuldens.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll fragt nach, ob auch das Hochbauamt neue Stellen benötige.

Das Hochbauamt habe für die Bearbeitung dieser Maßnahmen ein entsprechendes Stellenkontingent, so Herr Engert. Dies sei allerdings nur die Theorie, da nicht jede Stelle besetzt sei.

Herr Kuch informiert, dass das Personalreferat derzeit dabei sei die eingehenden Stellenplananträge für das Verfahren 2023 zu prüfen und seitens des Hochbauamtes nichts eingegangen sei.

Frau Bürkl bekräftigt, dass es sich um ein sehr engagiertes und verantwortungsbewusstes Team handelt. Dieses habe im letzten Jahr alle Kräfte gebündelt, um die vielfältigen Maßnahmen zu bearbeiten. Das erforderte und eingebrachte Engagement der Beteiligten sei ausgereizt. Mit der derzeitigen Anzahl von Mitarbeitern könne diese Projektfülle nicht mehr getätigt werden. Weiter verweist sie auf die Komplexität der neuen Schulgebäude.

Da diese Stellen mit einem KW-Vermerk und einer fünfjährigen Befristung ausgeschrieben würden, sei es für Stadtrat Dr. Schuhmann fraglich, ob geeignetes Personal gefunden werden könne.

Der KW-Vermerk sei eine interne Behandlung, so Herr Kuch. In dem Bereich, wo in erster Linie auf Verwaltungspersonal abgezielt werde, gebe es keine befristete Besetzung. Die Ausschreibung erfolge unbefristet. Aufgrund der Fluktuation sieht Herr Kuch kein Problem, dem jeweiligen Stelleninhaber mit Vollzug des KW-Vermerks einen ganzen Strauß von anderen Einsatzmöglichkeiten in den nächsten fünf Jahren anzubieten.

Stadtrat Reibenspieß sieht es auch wie Frau Bürkl. Diese ganze Projektbegleitung und die Schulorganisation bedürfe einer unheimlichen Power. Trotzdem weist er darauf hin zu überlegen, ob diese befristeten Stellen nicht vollumfänglich sofort erfolgen, sondern gestaffelt mit verschiedenen Laufzeiten versehen werden sollten. Stadtrat Reibenspieß verweist auf die Beschlussfassung des Stadtrates im Herbst letzten Jahres für zwei Stellen des Schulverwaltungsamts. Jetzt spreche man von sechs Stellen. Er wünsche sich auch qualifiziertes Personal, welche eine Einarbeitung brauche. Stadtrat Reibenspieß sehe aber derzeit keine Lösung für dieses Problem, denn so sei der Antrag nicht umsetzbar. Insofern regt er eine Staffelung an.

Aus dem Soll-Ist-Vergleich sei zu entnehmen, dass es keine gleichmäßigen Defizite an Stellen gebe, welche über die gesamte Zeit ausgewiesen werden können. Vor diesem Hintergrund könne die Idee aufgegriffen werden, den KW-Vermerk zeitlich zu staffeln, so Herr Kuch. Dass dies in diesem Antrag nicht getan worden sei, hänge damit zusammen, dass sich in dieser Bedarfsrechnung viele Fragezeichen auftäten. Hier seien Projekte enthalten, welche noch nicht die Entwicklungsreife hätten oder im Hinblick auf die Beschlüsse noch nicht fix seien. Diese könnten aber noch einen zusätzlichen Stellenbedarf ergeben. Deswegen sei dies über den gesamten Zeitraum so dargestellt. Da die KW-Vermerke immer geprüft würden, sieht Herr Kuch kein Problem diese zu staffeln. Bei gegebenem Bedarf könne jeder KW-Vermerk um bis zu drei Jahre verlängert werden.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

#### **14 . Beteiligung des Stadttheaters und des GKO am „IngolstadtPass“**

**Beschließend**

**Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 12.10.2021****Vorlage: V0941/21**

Kultur verbindet uns Menschen. Kultur lebt von der Teilhabe aller Menschen. Deswegen stellt die SPD-Stadtratsfraktion folgenden

**Antrag:**

1. Das GKO Ingolstadt und das Stadttheater Ingolstadt beteiligen sich am „IngolstadtPass“. Dabei erhalten Inhaber des IngolstadtPasses kostenfreien Eintritt zu Abo-Konzerten und Abo-Aufführungen des GKO und des Stadttheaters, sofern kurz vor Konzert-, bzw. Aufführungsbeginn noch Resttickets vorhanden sind. Damit wird das Konzept der „Kulturtafel“ ergänzt.
2. Das Stadttheater Ingolstadt bietet bereits für Schüler\*innen, Auszubildende und Studenten\*innen bei Vorzeigen eines entsprechenden Ausweises ein Last-Minute-Ticket und für Studierende in Zusammenarbeit mit den in Ingolstadt ansässigen Hochschulen eine Studentenflatrate an: Die Verwaltung prüft, ob sich das Angebot des Stadttheaters Ingolstadt auf die Konzerte des GKO übertragen lässt.

**Begründung:**

Der IngolstadtPass ermöglicht seinen Inhabern, die Sozialleistungen wie Wohngeld oder Arbeitslosengeld II empfangen, ermäßigten Eintritt in Museen, das Sportbad Ingolstadt, etc. Bisher sind rund 1500 dieser IngolstadtPässe ausgegeben.

Konzert- oder Theaterplätze, die bei Aufführungen unbesetzt bleiben würden, sollen Menschen mit geringem Einkommen angeboten werden. Damit sind diese Kulturveranstaltungen für einen größeren Teil der Stadtgesellschaft erlebbar. Für den Kulturveranstalter fallen dadurch keine zusätzlichen Kosten an. Gleichwohl wirkt sich aber eine höhere Auslastung positiv auf das Kulturerlebnis der Besucher\*innen und Künstler\*innen aus. Daher wäre es begrüßenswert, wenn Schüler\*innen, Studierende und Auszubildende im Sinne kultureller Bildung ebenfalls die Möglichkeit erhalten, kostengünstig an den Konzerten des GKO teilzunehmen.

*Diskussion und Beschlussfassung siehe V0011/22.*

**Beschließend****Änderungsantrag zur Beschlussvorlage: V0011/22 -Beteiligung des Stadttheaters und des GKO am „IngolstadtPass“****-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15.03.2022-****Vorlage: V0248/22**Antrag:

In der Beschlussvorlage V0011/22 „Beteiligung des Stadttheaters und des GKO am „IngolstadtPass“ heißt es:

Die Theaterleitung unterstützt deshalb den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 12.10.2021 und

erklärt sich bereit, den Inhaber/-innen des Ingolstadt-Passes den kostenfreien Eintritt zu Vorstellungen des Stadttheaters zu ermöglichen, sofern kurz vor Aufführungsbeginn noch Resttickets vorhanden sind.

Für das GKO wird allerdings folgende Regelung vorgeschlagen:

Das GKO bietet allen Inhaber/-innen eines IngolstadtPasses bei Öffnung der Abendkasse preisgünstige Restkarten zum Kauf an.

Deswegen stellt die SPD-Stadtratsfraktion folgenden **Änderungsantrag**:

Das GKO bietet den IngolstadtPass Inhaber/-innen kostenfreien Eintritt zu den Konzerten an, sofern noch Resttickets kurz vor dem Veranstaltungsbeginn vorhanden sind.

**Begründung:**

Da nur Restkarten, die bis kurz vor Konzertbeginn nicht verkauft werden konnten, kostenlos abgegeben werden, entstehen keine zusätzlichen Kosten für das GKO und keine Nachteile für den regulären Ticketverkauf.

*Diskussion und Beschlussfassung siehe V0011/22.*

**Beschließend**

**Beschlussvorlage der Verwaltung**  
**(Referenten: Herr Fischer und Herr Engert)**  
**Vorlage: V0011/22**

Antrag:

1. Das GKO und das Stadttheater beteiligen sich am IngolstadtPass.
2. Das GKO erarbeitet aktuell ein eigenes Konzept, um gezielt die Teilnahme junger Menschen an Kultur zu fördern. Hierin soll es verschiedene Möglichkeiten von Sonderkonditionen für diese Zielgruppe geben. Das Strategie-Papier soll in einer der nächsten Sitzungen des Kultur- und Bildungsausschusses vorgestellt werden.

Stellungnahme des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 17.03.2022:

Bei dieser Vorlage handle es sich um eine gemeinsame Vorlage von Referat IV und Referat V, informiert Herr Fischer. Herr Engert und er haben sich diesbezüglich miteinander abgestimmt und sich auch über den Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion gefreut, welchen man vollumfänglich übernehmen möchte. Dabei sollen Inhaber des IngolstadtPasses auch zu Veranstaltungen des GKO kostenfreien Eintritt erhalten.

ten, sofern am selben Tag kurz vorher Restkarten zur Verfügung stehen. Die Umsetzung dieses Vorschlages sei in der Vergangenheit vor allem an der Verweigerung des ehemaligen GKO Geschäftsführers gescheitert. Durch die neue personelle Konstellation sei man sich nun einig, diesen Vorschlag gleichlaufend sowohl im Stadttheater als auch für Veranstaltungen des GKO's zu realisieren.

Stadtrat Werner sagt, es sei vielleicht ungewöhnlich, zu seinem eigenen Antrag einen Änderungsantrag zu stellen, aber hier habe es eigentlich nur der Umsetzung durch die Verwaltung bedurften. Es mache keinen Sinn, von IngolstadtPass Inhabern für Restkarten zu Konzerten des Orchesters 3,50 Euro zu verlangen und für Restkarten des Theaters nicht. Stadtrat Werner hofft, den Leuten damit die Möglichkeit geben zu können, am Kulturleben teilzunehmen, welche sonst vielleicht nicht teilhaben hätten können und bedankt sich bei der Verwaltung für die schnelle Umsetzung.

Stadtrat Niedermeier möchte in Erfahrung bringen, um wie viele Personen es sich bei den neun Personengruppen tatsächlich handle. Die Frage sei, ob zuerst der Bedarf oder das Angebot komme.

Herr Fischer antwortet, dass man die Zahl der potenziellen IngolstadtPass Inhaber damals bei Einführung des IngolstadtPasses auf ca. 11.000 Erwachsene, Jugendliche und Kinder, welche einen Anspruch darauf hätten, eingeschätzt habe. Die ausgegebenen IngolstadtPass Zahlen seien auf jedem Fall noch ausbaufähig. Diese sollen laut Herrn Fischer im unteren vierstelligen Bereich liegen. Er glaubt, je attraktiver das Angebot werde, desto mehr Bürgerinnen und Bürger, die einen Anspruch darauf haben, werden sich dafür entscheiden einen IngolstadtPass zu beantragen. Ginge es nach Herrn Fischer, wäre die aktuelle Beschlussvorlage nicht der letzte Attraktivierungsbaustein. Sollte es noch weitere Ideen oder private Veranstalter und Unternehmen geben, welche sich am IngolstadtPass beteiligen und für Inhaber des IngolstadtPasses besondere Konditionen anbieten möchten, könne man mit der Verwaltung gerne Kontakt aufnehmen.

Stadtrat Ettinger begrüßt den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion.

Abstimmung über die Vorlage der Verwaltung:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

----

*Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion **V0941/21**, Der Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion **V0248/22** und der Antrag der Verwaltung **V0011/22** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Stadtrat Dr. Schuhmann fragt nach der Handhabe bei den Studenten und verweist auf die Beschlussvorlage. Er regt an den Begriff „kurz vor der Veranstaltung“ konkreter zu erläutern.

Herr Engert informiert, dass mit den Hochschulen eine sogenannte „Flatrate-Vereinbarung“ besteht. Dies bedeutet, dass die Uni pro Studenten und pro Semester einen

gewissen Betrag an das Stadttheater zahle. Die Studenten und Studentinnen erhalten dann freien Eintritt. Im Hinblick auf die Schüler sei man mit dem Jugendparlament im Gespräch, um die Hemmschwelle abzubauen und die Möglichkeit für den Zugang für Schüler bei Kultur- und Theaterveranstaltungen zu schaffen. Insofern gehe es um die Besucher, welche mit Sozialpass kurzentschlossen ins Theater gehen wollen. Über die Tafel werden Karten für die Aufführungen angeboten. Nach Worten von Herrn Engert definiere man den Begriff „kurz vorher“ mit „10 Minuten vorher“.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung **V0011/22**:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

### **Kenntnisnahme**

#### **Moskauer Garten**

Stadtrat Dr. Schuhmann verweist auf einen Anruf von Unicef, eine Aktion für „Kinder für Frieden“ zu starten. Hier sei auch bereits ein Schreiben an den Oberbürgermeister erfolgt. Er fragt nach, inwieweit die Stadt eine Möglichkeit sehe, entweder am Theater, am Herzogskasten oder am Rathaus in dieser Zeit eine Lichtinstallation zu machen.

Nach Worten von Herrn Engert werde eine andere Idee verfolgt. Der Vorschlag sei, den „Moskauer Garten“ auf dem Landesgartenschau Gelände bis zur Eröffnung im April mit gebastelten Friedenstauben zu gestalten. Hierbei handelt es sich um eine Aktion der Grundschulen gemeinsam mit der Kulturbastei.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen dies zur Kenntnis.

**-Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet.-**